



DGB Bayern protestiert gegen Sparmaßnahmen auf dem Rücken der Beamten

Fahrenschon sagt DGB Bayern erste kleine Verbesserungen zu. Jena:
„Das reicht noch lange nicht“

Mitteilung: DGB Bayern

Der DGB Bayern und die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes haben ihrem Protest gegen die Sparmaßnahmen der Bayerischen Staatsregierung bei den Beamtinnen und Beamten heute Nachdruck verliehen. Matthias Jena (Vorsitzender DGB Bayern), Luise Klemens (Landesbezirksleiterin ver.di Bayern), Gele Neubäcker (Landesvorsitzende GEW Bayern) und Peter Schall (stellv. Landesvorsitzender GdP Bayern) überreichten Finanzminister Georg Fahrenschon heute vor dem Finanzministerium persönlich einen Protestbrief, den binnen weniger Tage rund 12.000 Beamtinnen und Beamte unterschrieben haben.

Der Protest des DGB Bayern bleibt nicht ohne Wirkung. Fahrenschon sagte dem DGB Bayern bei der Übergabe des Protestbriefs erste kleine Verbesserungen zu: Die Absenkung der Tagegelder will Fahrenschon zurücknehmen. Das stellte er auch für den Wegfall der Jubiläumsszuwendungen in Aussicht. Außerdem sagte Fahrenschon für 2012 eine Besoldungserhöhung zu, die sich am Tarifergebnis des öffentlichen Dienstes in den Ländern orientiert.

„Das reicht noch lange nicht“, kommentiert Matthias Jena die kleinen Zugeständnisse. „Die Staatsregierung muss verhandeln statt verordnen. Wir fordern faire Verhandlungen und kein einseitiges Diktat auf dem Rücken der Beschäftigten.“ Der DGB Bayern fordert die Staatsregierung auf, die ge-

plante Nullrunde für 2011 und die geplante Senkung der Eingangsbesoldung für junge Beamte nicht umzusetzen. Stattdessen soll das Tarifergebnis der Tarifrunde 2011 in den Ländern auf die bayerischen Beamten übertragen werden. Die DGB-Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes fordern hier eine Anhebung der Entgelte um 50 Euro sowie 3% und weitere qualitative Verbesserungen.

Jena weiter: „Die bayerischen Beamten lassen sich nicht alles gefallen. Die Staatsregierung versenkt die Landesbank-Milliarden, und die Beschäftigten sollen es ausbaden. So kann man mit seinen Beschäftigten nicht umspringen. Die geplanten Sparmaßnahmen der Staatsregierung bei den Beamten sind ein Schlag ins Gesicht der Beschäftigten. So kann man keinen Staat machen. Auch die Beamten müssen am Aufschwung beteiligt und für ihre Leistung belohnt werden. So macht man Staat und schafft einen attraktiven öffentlichen Dienst für Beschäftigte und Bürger.“

Jena wirft der Staatsregierung zudem einen Angriff auf die Tarifautonomie vor: „Die Staatsregierung will mit dem Beschluss der Nullrunde für Beamte die anstehenden Tarifverhandlungen zum Tarifvertrag der Länder beeinflussen. Dieser Versuch der Schwächung der Tarifautonomie ist inakzeptabel.“

*Pressemitteilung v. 20.12.2010
DGB Bayern
Schwanthalerstraße 64
80336 München*